



DGB und ver.di im Heidekreis, Bahnhofstr. 17, 29614 Soltau

Kommunalpolitische Forderungen von DGB und ver.di im Heidekreis

Die Gewerkschaften wollen soziale Sicherheit für alle Menschen und stehen ein für Kommunen der sozialen Gerechtigkeit. Auch in Kommunen fordern wir eine soziale Umverteilung von oben nach unten. Gerechte, ausgeglichene Verhältnisse sind auch wichtig zur Stärkung der Demokratie, weil die Verfügung über große finanzielle Mittel und großes Eigentum an Produktionsmitteln auch politische Macht verleiht. Wir finden uns nicht damit ab, wenn in Kommunen Profitinteressen über den Lebensperspektiven der Menschen stehen. Alle müssen am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben können und damit auch die Möglichkeit haben, sich an der demokratischen Willensbildung aktiv zu beteiligen. Die Nutzung von Bürgerentscheiden und direkte Beteiligung der Betroffenen an Planungs- und Entscheidungsprozessen muss leicht gemacht werden. Dazu müssen Verwaltung und Kommunalpolitik offen, öffentlich und einfach durchschaubar sein.

Im Mittelpunkt von Wirtschaft und Politik müssen die Lebensbedürfnisse und Interessen der abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen und von sozialen Transferleistungen Abhängigen stehen. Die Politik der Liberalisierung und Wettbewerbsorientierung ist deshalb zu verhindern bzw. rückgängig zu machen.

Lokale Fragen, die uns wichtig sind:

Heidekreis-Klinikum muss Versorgung verbessern

Die Lage der Kliniken und des gesamten Gesundheitswesens muss dringend verbessert werden. Die Kommunalpolitik muss endlich laut und entschieden die Bundes- und Landespolitik dazu auffordern. Zur Vermeidung von Arbeitsverdichtung und Stress bei den Beschäftigten und schlechterer Patientenversorgung in Kliniken sind dringend notwendig:

Gesetzliche Mindest-Personalbemessung (in einigen Kliniken konnte bessere Personalebemessung mittels Streik erreicht werden),

Besseres und faires Finanzierungssystem (Fallpauschalen haben die Lage der Kliniken verschärft)

Kommunale Gesundheitspolitik ist ein Kernbereich der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Wir fordern: Keine Abteilungsschließungen, keine Privatisierung, keine Ausgliederungen, kein Lohnverzicht (kein Verzicht auf Bezahlung von Überstunden), keine schlechteren Arbeitsbedingungen und Löhne/Gehälter für Neu-Eingestellte und Beschäftigte in Tochtergesellschaften. Tarifliche Regelungen des TVÖD müssen für alle Beschäftigten uneingeschränkt gelten.

Versorgung von Lymphödem- und Lipödem-Erkrankten durch das Heidekreis-Klinikum. Ca. 10 % der Bevölkerung sind davon betroffen.

Keine Privatisierung, keine Ausgliederung kommunaler Aufgaben

Öffentliche Unternehmen müssen Vorreiter sein bei demokratischer Mitwirkung und bei der Transparenz ihrer Geschäftsführungen und Gremien. Öffentliches Eigentum schließt private Kapitalbeteiligung, auch durch Minderheitsbeteiligungen, aus und gemeinsames Eigentum verschiedener öffentlicher Träger ein. Bereits privatisierte oder outgesourcte Betriebe und Aufgaben sind zu rekommunalisieren.

Keine PPP/ÖPP-Projekte

Immer wieder entscheiden sich Kommunen für den Verkauf von kommunalen Einrichtungen. An Privatisierungen und Public-Private-Partnership/ Öffentlich-Private-Partnerschaft gewinnen Banken und Investoren, die Menschen verlieren letztlich dadurch.

PPP/ ÖPP sind eine veränderte Form der Privatisierung. Dabei werden nicht die öffentlichen Einrichtungen selbst, sondern ihr Betrieb privatisiert. Investoren zahlen eine bestimmte Geldsumme, übernehmen das Geschäft und erhalten dann dafür vom Staat Gebühren. Die Verträge laufen über mehrere Jahrzehnte, in der Regel 20 bis 30 Jahre. An PPP-Projekten lässt sich am besten verdienen, wenn nicht oder nur wenig investiert wird für Reparaturen, Renovierungen und Sanierungen. Weil der Profit bestimmt, wie die Einrichtung betrieben wird, sind viele PPP-Projekte am Ende kaputt. Ob Schulen, Wohngebäude oder anderes – im Zweifel springt der Staat dann wieder ein. PPP-Projekte sind für Banken und Investoren ein gutes Finanzgeschäft und gehen zulasten der Allgemeinheit. Der Landkreis Heidekreis hat bereits mehrere PPP-Projekte.

Bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen

Um die Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen zu können sind mehr Steuereinnahmen notwendig. Die Kommunen müssen einen größeren Anteil von den Gesamt-Steuereinnahmen bekommen. Die Kommunen müssen Bundestag und Bundesregierung auffordern, die Kommunen deutlich besser finanziell auszustatten. Dazu sind staatliche Steuereinnahmen durch Wiederherstellung von mehr Steuergerechtigkeit zu erhöhen. Einkommensmillionäre, Vermögensmilliardäre und superreiche Erben müssen stärker steuerlich herangezogen werden. Nur so können kommunale Daseinsvorsorge und soziale Aufgaben bewältigt werden. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten!

Konversion Truppenübungsplatz Bergen

Die Kommunalpolitik muss sich bei der Bundesregierung und beim Bundestag dafür einsetzen, die bisherigen Gemeindefreien Bezirke Osterheide und Lohheide endlich mit ganz normalen kommunalen Rechten auszustatten. Mit vollständigen kommunalen Rechten können Häuserabriss in Ostenholz verhindert, eine gute Daseinsvorsorge für die EinwohnerInnen erreicht, die zivile Nutzung von Flächen, Straßen und Gebäuden durchgesetzt sowie weitere Ausdehnung von militärischer Nutzung verhindert werden. Mit vollständigen kommunalen Rechten kann die Zusammenarbeit mit Nachbar-Städten und Nachbargemeinden wirkungsvoll realisiert werden.

Die staatliche Mitfinanzierung beim Abriss von, bisher von britischen Familien bewohnte, Wohnblöcken ist keine Großtat. Ausdrücklich soll die staatliche Abriss-Mitfinanzierung verhindern, dass ein großes Wohnungsangebot zu günstigen Mieten in der Umgebung führt und so die Renditen der Eigentümer schmälert.

Bergen, Bad Fallingbostal und Umgebung sind nach dem Abzug der British Army und der britischen Soldatenfamilien von wirtschaftlichem und sozialem Niedergang bedroht. Mit einem, aus dem Verteidigungsetat finanzierten Konversionsprogramm muss rund um den Truppenübungsplatz eine neue Wirtschaftsstruktur geschaffen werden. Die neue Wirtschaftsstruktur muss sozial, ökologisch und nicht-militärisch sein. Runde Tische aus Kommunen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Umwelt- und Friedensgruppen sollen die Umsetzung der Konversion bzw. die Schaffung der neuen Wirtschaftsstruktur steuern. Diese Forderungen haben auf unsere Initiative hin die Konferenz des DGB- Bezirks Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt und der ver.di-Bundeskongress beschlossen.

Die Umwandlung des Truppenübungsplatzes Bergen zum Biosphärengebiet würde, so die Erfahrungen an anderen Orten, zahlreiche Arbeitsplätze schaffen. Wir verweisen auf die Vorschläge der Initiative Biosphärengebiet Hohe Heidmark. 80 Jahre Truppenübungsplatz sind genug.

Für Bad Fallingbostal empfiehlt sich, die Stadt zur Gesundheitsstadt weiter zu entwickeln.

Öffentliche Daseinsvorsorge

Im Bereich der Daseinsvorsorge (Wohnen, Ver- und Entsorgung, Energie, Sparkassen, Soziales, Bildung, Kultur usw.) müssen private Investoren zurück gedrängt werden. Die Kostenstrukturen müssen wieder klar und nachvollziehbar sein. Ein Gewinnaufschlag für Leistungen der Daseinsvorsorge für BürgerInnen lehnen wir ab. Die Preise müssen wieder den Charakter von Gebühren annehmen, die in den kommunalen Parlamenten festgelegt werden.

Öffentlichen Dienst stärken

ÖD-Ausbildungsinitiative, keine Tarifflicht, keine Spaltung der Belegschaften, keine Ausgliederungen, vor jeder Fremdvergabe muss geprüft werden ob die Kommune die Aufgabe nicht selbst ausführen kann. Kommunen und kommunale Unternehmen müssen Vorbildfunktion auch als ArbeitgeberInnen haben: gute Bezahlung, Tarifbindung, keine Leih- und Werkvertragsarbeit, keine ungeschützten und prekären Beschäftigungsverhältnisse, wegweisende Qualifizierung und Ausbildung, interkulturelle Kompetenz, Inklusion, Geschlechtergerechtigkeit.

Kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Wirtschaftspolitik muss Beschäftigungs- und Sozialpolitik sein.

Fair entlohnte, sichere und auskömmliche Arbeit ist das beste Mittel gegen Armut. Aber auch diejenigen, die selbst bei einer positiven Konjunkturentwicklung keine Chancen am ersten Arbeitsmarkt haben, ist Teilhabe zu ermöglichen. Für die Kommunen ist es deshalb notwendig, einen verlässlichen Sozialen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Voraussetzung dafür ist die Möglichkeit des Transfers von Passivleistungen zu Aktivleistungen im Sozialgesetzbuch II. Konkret heißt das: Statt Regelbedarf und Kosten der Unterkunft zu finanzieren, können diese Leistungen als Zuschuss für eine bedarfsdeckende Beschäftigung und zur Finanzierung einer sozialpädagogischen Fachkraft eingesetzt werden. Also aktive Teilhabe, statt passiver Empfang der Mittel aus dem SGB II-System. Gesellschaftlich sinnvolle Arbeit gibt es genug.

Soziale Verantwortung in Kommunen heißt öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigungs- und Investitionsprogramme schaffen.

Berufliche Perspektiven schaffen

Alle beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen einschließlich berufsähnlicher Betreuungs- und Warteschleifen-Einrichtungen müssen mit dem Ziel betrieben werden, dass die Jugendlichen und andere Betroffene zu Berufsabschlüssen kommen.

Wirtschaftsförderung und kommunale Zusammenarbeit

Kein Dumpingwettbewerb der Kommunen bei Gebühren, Unternehmenssteuern, Baulandbereitstellung, Erschließung usw.. Das Konkurrenzverhältnis zwischen Bomlitz, Bad Fallingb. und Walsrode hat allein in der Ansiedlungspolitik u.a. vermeidbare ökologische Folgen. Das neue Gewerbegebiet in Walsrode (an der A7-Abfahrt Walsrode-West) ist ein großer Verlust für Natur und Landwirtschaft, der nicht nötig wäre. Besser ist, künftig inzwischen ungenutzte Gewerbeflächen, bereits vorhandene Gewerbegebiete zu nutzen bzw. zu erweitern und die von Briten geräumten Immobilien und Flächen dafür zu nutzen bzw. um solche Flächen im Bereich des Gemeindefreien Bezirk Osterheide zu kämpfen (z.B. Oerbke, direkt an der A7).

Im Heidekreis und zwischen den Kommunen muss grundsätzlich in allen Fragen (nicht nur der Ansiedlungspolitik) Kooperation statt Konkurrenz praktiziert werden. Dazu zählt auch, dass sich Kommunen bei Ansiedlungen von Unternehmen Gewerbesteuern teilen können.

Vergaberichtlinien

Kommunale Aufträge (Baumaßnahmen, Dienstleistungen etc.) dürfen nicht nach dem Prinzip „Der Billigste erhält den Zuschlag“ oder „Der Schwager oder Schützenbruder von Ratsherr XY hat die passende Firma“ richten. Vergaberichtlinien sollten vielmehr an Regeln gegen Lohndumping und soziale und ökologische

Auflagen geknüpft werden. Das sind u.a. eine bestimmte Ausbildungsquote im Betrieb, bestimmte Behindertenquote, Betriebsrat, tariflich Beschäftigte, Ausschluss von Leiharbeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen, Einhaltung von öffentlich überprüften Umwelt- und Gesundheitsstandards.

Koordinierungsstelle „Frauen – Wirtschaft – Gewerkschaft - Gesellschaft“

Die öffentliche Einrichtung „Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft“ hat als Hauptziel die Wiedereingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt. Vorrangig geht es darum, dass Frauen künftig als selbständige Unternehmerinnen wirtschaften. Kleine Selbständige Start-up-Unternehmen scheitern sehr häufig und das trotz enormer Selbstaussbeutung. Tatsächlich werden auch künftig die meisten Frauen als abhängig Beschäftigte oder in prekären Jobs arbeiten.

Wir fordern eine Umwandlung in eine „Koordinierungsstelle Frauen – Wirtschaft – Gewerkschaft – Gesellschaft“. Die Betroffenen benötigen eine Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt, indem sie lernen ihre Arbeitsbedingungen sozial-solidarisch zu erkämpfen. Das neue Projekt muss in Kooperation mit Gewerkschaften durchgeführt werden.

Frauen und Gleichstellung

In Beruf und Gesellschaft darf es keinerlei unterschiedliche Behandlung geben. Arbeitsbedingungen sind für Frauen und Männer familiengerecht zu gestalten.

Gemeinsame Personalräte in den Samtgemeinden

Zur Verbesserung der Interessenvertretung der Beschäftigten der einzelnen Gemeinden und der Beschäftigten in einer Samtgemeinde ist es sinnvoll, für alle einen gemeinsamen Personalrat als Interessenvertretung zu bilden. Die Zahl der Beschäftigten der einzelnen Gemeinden ist in einigen Fällen zu gering (unter 5), um die gesetzlichen Vorgaben zur Wahl eines Personalrates zu erfüllen. In anderen einzelnen Gemeinden reicht die Zahl der Beschäftigten gerade zur Wahl eines ein köpfigen Personalrates. In der Regel beschäftigen die einzelnen Gemeinden ausschließlich sozialpädagogische Fachkräfte in den Kitas sowie einzelne Reinigungskräfte. Gar keine Vertretung ist schlecht, eine Ein-Personen-Vertretung hat es oft schwer gegenüber dem kommunalen Arbeitgeber (Gemeinderat). Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den einzelnen Gemeinden ähneln sich sehr und unterliegen gleichen Regelungen (Kitas !). Ein gemeinsamer Personalrat ermöglicht den inhaltlichen Austausch sowie eine bessere Interessenvertretung, auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern.

Neben den Beschäftigten der einzelnen Gemeinden, haben auch die Samtgemeinden eigene Beschäftigte (Verwaltung, Bauhof und in anderen Einrichtungen wo die Samtgemeinde Träger ist). Die Verwaltung der einzelnen Gemeinden wird i.d.R. durch Personal der Samtgemeinde erledigt. Es ist sinnvoll sowohl den Beschäftigten der einzelnen Gemeinden mit den Beschäftigten der jeweiligen Samtgemeinde, einen gemeinsamen Personalrat als Interessenvertretung zu ermöglichen. Wir fordern von den verantwortlichen KommunalpolitikerInnen dafür die Voraussetzungen zu schaffen.

Kitas

Keine Privatisierungen. Kommunen müssen deutlich von der Landespolitik die Verbesserung der pädagogischen Qualifikation und von Standards (u.a. Personalschlüssel) einfordern. Die Forderungen der erfolgreichen Kita-Volksinitiative dürfen nicht länger ausgesessen werden. Schluss mit der Elternmitfinanzierung durch sog. Elternbeiträge. Kitas sind wie Schulen Bildungseinrichtungen und müssen voll vom Land oder Bund finanziert werden.

Die sozialpädagogischen Fachkräfte in den Gruppen sind nach gleicher tariflicher Eingruppierung zu bezahlen. Um den gesetzlichen Auftrag an Bildung und Erziehung umsetzen zu können sind kleine Gruppen bzw. ein besserer Personalschlüssel notwendig.

Keine Beeinflussung der Beschäftigten und der Öffentlichkeit sowie keine Stellungnahmen einzelner BürgermeisterInnen und KommunalpolitikerInnen gegen Streiks sozialpädagogischer Fachkräfte.

IGS im Heidekreis

Der Heidekreis droht der letzte Kreis in Niedersachsen ohne IGS zu werden. Die Vorteile einer IGS in Sachen Chancengleichheit sind längst belegt. Schulische Kirchturmpolitik ist kein pädagogisches Argument. Eine faire öffentliche Darstellung auch der pädagogischen Vorteile muss Ziel von Kommunalpolitik sein.

ÖPNV

Alle Dörfer müssen mehrere Male täglich vom ÖPNV erreicht werden. Die Schließung von 7 oder mehr Bahnstationen der Heidebahn zwischen Hannover und Buchholz/ Nordheide muss mittelfristig rückgängig gemacht werden. Die Bürgerinitiative Hademstorf-Eickeloh hatte machbare technische Vorschläge gemacht, die zu berücksichtigen sind. ÖPNV-Preise müssen auch für Menschen mit geringem Einkommen, Jugendliche usw. finanzierbar sein. Nur so kann der Wegzug jener, die sich kein Auto leisten können oder kein Auto (mehr) fahren können verhindert werden. So kann das Ausbluten der Dörfer gebremst werden. - Bürgerbusse setzen auf hohes ehrenamtliches Engagement (in der Praxis sind es fast nur RentnerInnen). Hier sparen die Kommunen. Der Bund muss den ÖPNV entscheidend co-finanzieren.

Einrichtungen und Infrastruktur in den Dörfern

Kommunalpolitik muss Sorge tragen, dass nicht der letzte Laden und die letzte Bankfiliale in den Dörfern schließt. Sparkassen-Filialen können erhalten werden, wenn dort der kommunale Einfluss genutzt wird. Schnelles Internet in den Dörfern ist notwendig um sie als Wohn- und Arbeitsort attraktiv zu halten.

Alternde Generation

SeniorInnen müssen Wohnmöglichkeiten in den Dörfern haben. Betreutes Wohnen, Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenhäuser und andere Modelle müssen gemeinsam mit den Menschen vor Ort geplant werden. Alte Bäume verpflanzt man nicht.

Medizinische Versorgung auf dem Land

Kommunalpolitik muss erfinderisch sein beim Gewinnen von ÄrztInnen, z.B. durch Mitfinanzierung des Studiums.

Sozial- und Kulturpass

muss für alle mit geringem oder keinem Einkommen eingeführt werden. D.h. sehr ermäßigte Preise bzw. Kostenfreiheit (Null-Tarif) für Schwimmbäder, Bibliotheken, kommunale und freie Theater-, Musikveranstaltungen, VHS-Kurse, ÖPNV etc.

Keine Gebühren für nicht-kommerzielle Werbung

Die Kommunen gestalten ihren Gebührenordnung so, dass sie von nicht-kommerziellen Gruppen und Organisationen keine Gebühren für öffentliche Werbung und Informationsarbeit kassieren. Plakatierung, Infostände usw., die kein kommerzielles Ziel verfolgen, dürfen nicht durch Gebühren belastet werden.

Jugend und Kultur

Jugend braucht selbstorganisierte Jugend- und Kultureinrichtungen statt bevormundender Einrichtungen. Das ist zugleich Präventionsarbeit.

Gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander

Gerade auch für Geflüchtete, WanderarbeiterInnen und eingewanderte Menschen.

Kommunen fördern das kulturelle Zusammenleben und beziehen MigrantInnen-Selbsthilfe-Organisationen in kommunalpolitische Entscheidungen ein. Auf dem Arbeitsmarkt muss ohne Ausnahme der Mindestlohn gelten. Deutsche Arbeitsschutz- und Tarifbestimmungen gelten für alle. Kommunen unterstützen die Kontrolle der Beschäftigungsbedingungen.

Stadtwerke/ Energieversorgung

Die Kommunen sollen ihre Versorgung nur aus erneuerbaren Energien beziehen.

No Fracking

Aus Umwelt- und Gesundheitsgründen sollen Kommunen sich gegen Fracking aussprechen und entschieden gegen entsprechende engagieren.

Keine Mastställe zur Massentierhaltung

Kommunen sollen sich gegen Mastställe aussprechen. Diese Art von Lebensmittelerzeugung ist für Mensch und Tier schädlich und wirkt sich durch Reste-Export nach Afrika auch noch existenzbedrohend auf dortige Bauern aus.

Y-Trasse und andere neue Bahntrassen

Statt neue Bahntrassen durch Feld, Wald und Flur zu planen, sollen bestehende Bahnstrecken ausgebaut werden. Die Kommunalpolitik muss dabei ihren Einfluss geltend machen.

Freihandelsabkommen ablehnen

Wie u.a. die Stadträte von Celle und Walsrode sollen auch die anderen Kommunalparlamente die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA per Beschluss ablehnen. Da die Kommunen und die in ihr lebenden Menschen von den Freihandelsabkommen vielseitig negativ betroffen sein würden, ist hier jede Zurückhaltung aufzugeben.

Antifaschismus

RassistInnen und FaschistInnen sind Träger einer Weltanschauung, nach der Menschen ungleichwertig gesehen und behandelt werden. Denen muss die Nutzung von Räumen, öffentlichen Parks, Straßen und Plätzen verweigert werden. Sobald Nazis und RassistInnen eine Aktion, Veranstaltung o.ä. anmelden oder anzeigen, werden Kommunalparlamente, Gewerkschaften und antifaschistische Organisationen sofort

darüber informiert. Zivilcourage gegen Rassismus und Neonazis unterstützen, ist auch eine kommunale Aufgabe. Selbstorganisierte antifaschistische Bildung muss kommunal gefördert werden. Das befördert zugleich den guten Ruf einer Kommune.

- Um endlich die **Ostertagungen der rassistischen Ludendorffer** in Dorfmark loszuwerden, muss die Stadt Bad Fallingb. und der Heidekreis vor allem mit Dorfmarker ZimmervermieterInnen Diskussionen führen über den Rassismus der Ludendorffer und die Bedeutung der Beherbergung der Ludendorffer für die Ausbreitung von Rassismus weit über Bad Fallingb. hinaus. Lokale Bündnisse gegen Rassismus und antirassistische Wissenschaft und Pädagogik soll dabei eingebunden werden.

Mit allen sonstigen Aktivitäten von RassistInnen und Nazis muss ähnlich umgegangen werden.

Stand 29.7.2016